

Lübecker Nachrichten vom 11.04.2013, Seite 19

OSTHOLSTEIN

Belt-Tunnel: Protestwelle überrollt Kiel

9000 Stellungnahmen eingegangen. Behörde kann Einwände nicht fristgerecht bearbeiten.

Von Holger Marohn

Oldenburg/Kiel – Das Land wird es offenbar nicht schaffen, das Raumordnungsverfahren zur Schienenanbindung des Belttunnels fristgerecht abzuschließen. Der Grund: die große Welle des Protestes von Bürgern, Verbänden und Gemeinden gegen die Bahnpläne. Etwa 9000 sogenannte Einwendungen haben diese im Rahmen des Verfahrens an das Land geschickt. Zu viele für die Staatskanzlei, denn dort sieht man sich nicht in der Lage, sie rechtzeitig auszuwerten. Nach dem Raumordnungsgesetz ist das Verfahren innerhalb von sechs Monaten abzuschließen. Die gesetzliche Frist läuft also am 9. Juli ab. Kritiker fordern nun, dass die Bahn ihre Planungsunterlagen überarbeitet und das ganze Verfahren neu aufgerollt wird. Das Land setzt hingegen auf eine Fristverlängerung.

Durch die Anforderung, „eine umfangreiche Beteiligung zu ermöglichen, zu dokumentieren und auszuwerten“, lasse sich eine Überschreitung rechtfertigen, heißt es auf LN-Anfrage aus der Staatskanzlei. Neben drei Mitarbeitern des Landes seien derzeit vier extra an-

gestellte Hilfskräfte damit beschäftigt, die Stellungnahmen zu sortieren und auszuwerten.

Beltquerungsgegner Hendrik Kerlen von Fehmarn zeigt sich von der zu erwarteten Verzögerung wenig überrascht. Angesichts der „zahlreichen inhaltlichen Fehler“ in den Bahnunterlagen fordert Kerlen die Landesplanung auf, die Unterlagen für „nicht prüfbar“ zu erklären. Ähnlich sieht das der SPD-Landtagsabgeordnete Lars Winter. Er erwartet, dass das Verfahren neu aufgerollt wird. Dann hätte die Bahn die Möglichkeit, „bessere Daten“ einzureichen. CDU-Landtagsabgeordneter Hartmut Hamerich kritisiert, dass die Regierungskoalition trotz erheblicher Proteste der Opposition 60 Millionen Euro für Auswirkungen der Trassenplanungen aus dem Haushalt gestrichen habe. Das räche sich nun. So hätte ein Teil des Geldes auch für unterstützendes Personal verwendet werden können.

Bei der Bahn gibt man sich entspannt. „Wir warten auf das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens

und arbeiten entsprechend mit der Landesplanungsbehörde zusammen“, teilte Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis mit. Fragen an die Bahn, die sich aus den Stellungnahmen ergeben, würden entsprechend abgearbeitet und beantwortet. Die Bahntrasse zwischen Lübeck und Puttgarden muss für den Fehmarnbelt-Tunnel zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden. Das sieht ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark vor. Das Raumordnungsverfahren dient dazu, die geeignetste Trassenführung zu finden.

Raumordnungsverfahren

16 Aktenordner umfassen die Planungsunterlagen der Bahn zur Trassenfindung für die Schienenanbindung des Belttunnels.

Betroffene hatten sechs Wochen

Zeit, eine Stellungnahme abzugeben. Bei den Einwendungen geht es darum, auf fehlende Unterlagen oder Fehler in den Unterlagen hinzuweisen und falsche Bewertungen zu beanstanden.

● **Weiteres** auf ln-online.de/ROV

Lübecker Nachrichten / Mantelteil Lübecker Nachrichten vom 11.04.2013, Seite 6

Geisterfahrer: Mehr Schilder zur Sicherheit

Flensburg Zusätzliche Schilder an Autobahnabfahrten sollen nach dem Willen von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) Geisterfahrten verhindern. „Mein Ziel ist, an besonderen Brennpunkten Warntafeln aufzustellen“, sagte Ramsauer bei der Verkehrsministerkonferenz. „Die Tafeln sollen gezielt und zusätzlich an Au-

tobahnabfahrten stehen, die schlecht markiert sind und deshalb ein besonders hohes Risiko darstellen“, sagte Ramsauer. Dessen Kieler Amtskollege Reinhard Meyer (SPD) forderte am Rande der Konferenz allerdings dazu auf, das Thema „im richtigen Rahmen“ zu betrachten. Nur 0,03 Prozent der Unfälle in Deutschland seien durch Falschfahrer verursacht. Es handele

sich um ein Randgeschehen, nicht um ein Massenphänomen. Natürlich könnten Bund und Länder einiges tun, um unübersichtliche Bereiche besser zu gestalten. Außerdem sollen die Fachminister sich einstimmig für eine Erhöhung der Schwarzfahr-Bußgelder von 40 auf 60 Euro ausgesprochen haben.

ov

© 2013 PMG Presse-Monitor GmbH